

## Bündnisarbeit

Während meiner Zeit im Recklinghäuser Kreistag habe ich mit dem Aktionsbündnis „Solidarisches Recklinghausen“ erfolgreich gegen den missbräuchlichen Einsatz von Arbeitsgelegenheiten (sog. 1-Euro-Jobs für Langzeitarbeitslose) gekämpft. Diese wurden z.B. im städtischen Seniorenzentrum in Recklinghausen-Grullbad oder bei der Caritas in Haltern und Recklinghausen dazu benutzt, um Stellen abzubauen oder sich zu ersparen. Diese öffentlichen Auseinandersetzungen haben dazu beigetragen, dass heute Maßnahmen gefördert werden, die zahlreichen Langzeitarbeitslosen eine reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeit mit einer besseren Perspektive bieten. Das Programm „Soziale Teilhabe im Arbeitsleben“ hat sich diesbezüglich gut bewährt und sollte weiter ausgebaut werden.

Im Bündnis „Solidarisches Recklinghausen“ habe ich im April 2012 mit Hilfe betroffener Frauen maßgeblichen Anteil an der Aufdeckung der an die Zeit des Frühkapitalismus erinnernden Arbeitsbedingungen von Beschäftigten aus dem europäischen Ausland bei Westfleisch in Oer-Erkenschwick gehabt. Wir haben die Zahlung eines garantierten Mindestlohnes sowie die Abschaffung der sog. Werkverträge und der Leiharbeit gefordert. Kurz danach wurden gesetzliche Maßnahmen ergriffen, die in diese Richtung wiesen. Erst im Zuge der Corona-Pandemie wurde offensichtlich, dass sich trotzdem nicht sehr viel an den skandalösen Verhältnissen geändert hatte, außer dass jetzt Arbeiter und Arbeiterinnen aus Rumänien und Bulgarien betroffen sind. Ich habe keinerlei Hemmungen, auch als Landrat solchen skandalösen Arbeitsverhältnisse in der Fleischindustrie und auch in anderen Branchen im Kreis Recklinghausen nachzugehen und diese auch öffentlich zu machen.